

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

5. Keller-Gasse öffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.50 monatlich, Mt. 14.00 vierteljährlich durch den Verlag bezugsfrei. — Der Belegpreis: Mt. 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich bezugsfrei. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Verlags- und Druckerei, in allen Teilen der Stadt: in Vertrieb: die deutschen Postämter, in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Hg. für örtliche Anzeigen; 30 Hg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Mt. für örtliche Anzeigen; 2.00 Mt. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unwesentlicher Änderungen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Reduktion. — Anzeigen-Entwurf: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Samstag, 19. Januar 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 32. • 66. Jahrgang.

Brest-Litowsk.

Der Hemmschuh am Verhandlungswagen.

Eine Warnung der „Nordd. Allg. Ztg.“ an Trotsky.

— Berlin, 19. Jan. (Ab.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt über die Parteien in Brest-Litowsk und sagt, daß über die das zukünftige politische Verhältnis zwischen den Zentralmächten und der Ukraine betreffenden Fragen ein grundsätzliches Einverständnis hergestellt worden sei. Die Verhandlungen mit der russischen Delegation seien noch weiter in den Hintergrund geschoben worden; sie waren scheinbar in ein langsameres Tempo geraten. Wer der Hemmschuh am Verhandlungswagen ist, braucht man nicht zu fragen. Die russischen Unterhändler sehen nicht ein, daß die Nacht, auf die sie den ihnen genehmigen Frieden stützen möchten, vorläufig nichts ist als eine Konstruktion, als eine Form, die erst einen Inhalt bekommt, wenn der Friede ihre Befriedigung gefunden hat. Dieser Tatsache schenken sich Trotsky und seine Mitarbeiter nicht verschließen. Wenn sie trotzdem ihrer eigenen Aufgabe entgegenarbeiten, dann liegen Beweggründe vor, die mit dem Zweck der Verhandlungen nicht zu vereinbaren sind. Wenn die Russen glauben, durch ihre Manöver das deutsche Volk und das deutsche Heer zu verwirren, dann befinden sie sich in einem grundlegenden Irrtum über unsere Volkskraft und unseren Volkseifer. Das Ergebnis des gewonnenen Einverständnisses mit der Ukraine wird nicht ausbleiben. Herr Trotsky und seine Gefährten werden erscheinen vor der konstituierenden Versammlung in Petersburg mit leeren Händen.

Auch in Petersburg Mißstimmung über Trotskys Verschleppungsakt.

— Berlin, 19. Jan. (Ab.) Der vorbereitende Ausschuss für den Zusammentritt der Konstituanten hat an Trotsky die Aufforderung gerichtet, zur Eröffnung der Konstituanten in Petersburg zu erscheinen. Verschiedene Morgenblätter meinen, ein Scheitern der Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk werde daraus kaum entstehen, eher sei das Gegenteil zu erwarten.

Trotsky in Petersburg notwendig.

— Berlin, 19. Jan. (Ab.) Wie der „D. L. A.“ über Stockholm aus Petersburg erfährt, macht sich die Abwesenheit Trotskys dort sehr fühlbar. Dieser beschäftigt demgemäß, wie aus guter Quelle verlautet, für einige Tage die Verhandlungen in Brest-Litowsk den anderen Mitgliedern der Kommission zu überlassen, um selbst in Petersburg nach dem Neuesten zu sehen.

Unstimmigkeiten zwischen Lenin und Trotsky.

— Berlin, 19. Jan. Über Unstimmigkeiten zwischen Lenin und Trotsky heißt es in der „Rossischen Zeitung“: Das Verhältnis zwischen den beiden Führern der derzeitigen russischen Regierung ist sich mit jedem Tage mehr zu. Lenin nachstehende Kreise sind der Ansicht, daß Lenin demnach sein Abchiedsgesuch einreichen werde, um dem bevorstehenden Kongress der Sowjets die Möglichkeit zu geben, zur Spaltung zwischen Lenin und Trotsky Stellung zu nehmen. Lenin hat inzwischen Zinnland verlassen und ist nach Petersburg zurückgekehrt.

Direktor Johannes zeitweilig von Brest-Litowsk abgereist.

— Berlin, 19. Jan. (Ab.) Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist der Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Johannes aus Brest-Litowsk nach Berlin zurückgekehrt. Er wurde vom Reichskanzler empfangen und hat diesem über den Gang der handelspolitischen Verhandlungen mit Russland zu berichten und ihm für deren Fortführung Vorschläge zu unterbreiten. Voraussetzungen sind Johannes, für den in Brest-Litowsk ein Vertreter bestellt ist, sich länger hier aufhalten müssen, da ein starker Andrang dringender Amtsgeschäfte bei der Berliner Zentralstelle seine persönliche Mitarbeit notwendig macht und da die Verhandlungen in Brest-Litowsk sich länger hinziehen, als man ursprünglich erwarten konnte.

Eine Antwort Czernins an Wilson.

— Berlin, 19. Jan. (Ab.) Graf Czernin wird, wie aus Wien berichtet wird, demnächst in Brest-Litowsk auf die Note Wilsons eine Antwort geben.

Die Antwort auf eine Anfrage der österreichischen Sozialdemokratie.

W. T. B. Wien, 18. Jan. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erwiderte auf eine sozialdemokratische Anfrage wegen der Brest-Litowsker Verhandlungen der Minister des Innern Graf Torggenburg, Graf Czernin habe wirklich nichts anderes im Auge, als zu einem Frieden zu kommen, der für Österreich-Ungarn annehmbar sei. Es sei vielleicht niemand, auch aus der Partei der Sozialdemokraten, der den Frieden aufrichtiger und wahrhafter als Graf Czernin zu erwischen strebe. Graf Czernin werde die Friedensverhandlungen nicht scheitern lassen, sofern natürlich nicht ganz unumgängliche Dinge als Forderungen an ihn herantraten. Aber diese ganz unumgänglichen Dinge würden nicht an ihn herangetragen, denn man dürfe nicht vergessen, daß beide Teile

den Frieden wollten. Eine Verschleppung von unserer Seite werde nicht eintreten, denn wir dürfen nicht vergessen, daß beide Teile den Frieden wollten. Eine Verschleppung von unserer Seite werde auch nicht eintreten, weil Graf Czernin genau wisse, daß ein möglichst rascher Abschluß des Friedens im Interesse Österreich-Ungarns geradezu wie Rußlands Siege. Der Minister gab schließlich dem Wunsch Ausdruck, das Volk möge durch seine und seiner Presse Haltung den Gang der Verhandlungen nur in der Form beeinflussen, daß darin das Vertrauen, das der Unterhändler brauche, um seinem Gegenpart standzuhalten, auch zum Ausdruck komme.

Die russische Armee in völliger Auflösung.

— Berlin, 19. Jan. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: Nach zuverlässigen Mitteilungen ist die russische Armee in völliger Auflösung begriffen. Das Meer zerfällt, weil ihm die Führung fehlt, weil die Offiziere keinen Einfluß haben und weil die Kriegsinstrumente eingestellt sind. Die Hauptkader aber ist, daß die Soldaten kriegsmüde sind. Etwa 200 Kilometer der russischen Front sind bereits geräumt.

Der Tagesbericht vom 19. Januar.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 19. Jan. (Amtlich.)

Weitlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafteste Artilleriekämpfe im Stellungsbogen nordöstlich von Dpern, auf dem Rücken der Straße und in der Gegend von Rœuvres. Auch an vielen Stellen der übrigen Front, namentlich an beiden Seiten der Maas, war die Feuerkraft gesteigert. Nordlich von Bezenay hielten Stützpunkt Gefangene aus den französischen Linien.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Gernabogen lagen unsere Höhenstellungen nordöstlich von Paralovo tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge im östlichen Mittelmeer.

W. T. B. Berlin, 18. Jan. (Amtlich.) Vier Dampfer und ein Segler mit rund 25 000 Brutto-Register-Tonnen.

Eines unserer U-Boote vernichtete in Sicht der tripolitischen Küste den vollbesetzten bedaffneten italienischen Truppentransporter „Regina Selena“ (7940 Br.-R.-T.). Geschwader von Land vernichtete nicht das U-Boot an der planmäßigen Durchführung seines Angriffes zu verhindern. Auch die übrigen vernichteten Dampfer waren wegen ihrer Größe und Ladung besonders wertvolle Angriffsobjekte, sie befanden sich fast alle auf dem Wege nach dem Orient und führten sämtlich unter starker Bedeckung. Unter ihnen konnte der bewaffnete tief beladene englische Transportdampfer „Spiran“ (3620 Br.-R.-T.) festgestellt werden, der in gut durchgeführtem Angriff aus einem stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen wurde. Von den beiden anderen Dampfern war einer englischer Nationalität, bewaffnet und nach den Holzauflauten, zahlreichen Booten und Rettungsfloßen zu urteilen, ein Truppentransporter, der andere, ein großer Dampfer, anscheinend der B. and O. oder White Linie, mit Sprengstoffladung.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Neue Schiffsversuche gegen die U-Boote im Mittelmeer.

W. T. B. Berlin, 18. Jan. Die Unsicherheit der Schifffahrt im Mittelmeer infolge der Tätigkeit unserer U-Boote hat die Gegner zu einer neuen Schiffsmaßnahme veranlaßt. Die Fahrstraßen führen dicht unter der Küste, der Verkehr auf ihnen spielt sich vorwiegend in der Dunkelheit ab, während bei Tage die Handelsschiffe in den Häfen liegen. Die Maßnahmen haben neben großem Zeitverlust auch eine Zunahme der Strandungen und Beschädigungen zur Folge. Unsere U-Boote kommen daher häufiger in den Bereich der Landbefestigungen, die ihre Arbeit zu stören versuchen. Dem oben gemeldeten Batteriangriff an der Küste von Tripolis ist es auch ebensoviele gelungen, den Truppentransportdampfer zu retten, wie es der Batterie bei Kap San Vito auf Sizilien, deren Niederbrennung durch ein U-Boot bekannt wurde, nicht gelang, einem U-Boot seine Beute zu entreißen.

Zum neuen Vorstoß an die engl. Ostküste.

W. T. B. Amsterdam, 18. Jan. Reuters meldet aus London: Es ist noch unbekannt, ob die Geschiffe, die auf

Yarmouth abgefeuert wurden, von einem U-Boot, einem leichten Kreuzer oder von Torpedojägern herühren. Sie waren von schwerem Kaliber. Wenn ein U-Boot den Angriff ausführte, muß es ein neuer Typ mit Kreuzerdimensionen gewesen sein.

2 engl. Torpedojäger mit Mann und Maus untergegangen.

W. T. B. London, 18. Jan. (Reuters.) Die englische Admiralität teilt mit: Zwei britische Torpedobootjäger sind bei der Rückkehr nach ihrem Stützpunkt während heftigen Schneesturmes in der Nacht vom 12. d. M. an der schottischen Küste gestrandet und mit Mann und Maus untergegangen. Nur ein Matrose wurde gerettet.

Weitere Schiffsverluste.

W. T. B. Rotterdam, 18. Jan. „Maasbode“ meldet: Der Segler „Rarga“, der Mitte November von einem Ostseehafen nach Stockholm fuhr, wird noch vermisst und gilt als verloren. Der englische Dampfer „Seapoint“ (593 Tonnen) aus London ist gesunken. Der Dampfer „Plekon“ aus Las Palmas (422 Tonnen) ist gestrandet und wrack. Der Segler „San Legis“ aus Nantes (98 Tonnen) ist bei einem Zusammenstoß mit einem norwegischen Dampfer gesunken. Der Segler „Riccia“ aus Plymouth (1086 Tonnen) ist gestrandet. Der Segler „Mableton“ (251 Tonnen) mußte auf See verladen werden. Der Segler „Arling-Randi“, mit Kohlen nach Barcelona (2424 Tonnen), ist gestrandet und auseinandergebrochen. Der französische Segler „Amilia“ ist bei Terracina aufgelaufen und in Stücke gebrochen. Der spanische Segler „Carlos“ ist untergegangen.

In die Luft geflogen.

W. T. B. Amsterdam, 18. Jan. Aus Bissingen wird gemeldet: Der trotz ein Bericht ein, daß der Dampfer „Oriflomme“, der mit Benzin und Naphtal beladen war, auf eine Mine gestochen und in die Luft geflogen ist. Die Besatzung wurde gerettet.

Zum Wechsel im Zivilkabinett.

— Berlin, 18. Januar.

Das geheime Zivilkabinett des Kaisers hat einen neuen Chef bekommen. Aus der angeblich drohenden Anzuckerkrise, die einige Zeitungen vorige Woche andeuten zu müssen glaubten, ist eine Valentini-Krise geworden. Oder vielmehr die Valentini-Krise hat endlich ihren Abschluß gefunden. Sie währte schon viel zu lange, länger als in diesen politischen so gereizten Zeiten gut ist. Herr v. Valentini war ein vortrefflicher Beamter, von verbindlichsten Formen und großer Pflichttreue. Aber er hätte entschieden gleich nach der Bethmann-Krise mit dem hierauf erhaltenen schwarzen Adler abtreten sollen. Viel Verdruß wäre der deutschen Politik und ihm selbst erspart geblieben. Es ist nicht der Augenblick, Kulissengeheimnisse zu verraten. Daran hätte jetzt außer unseren Feinden auch niemand ein Interesse. Aber man darf aussprechen, was in politischen Kreisen der verschiedensten Richtung bekannt ist, nämlich, daß Herr v. Valentini nicht die abgeklärte Objektivität gezeigt hat, die man von dem wichtigsten Beamten der Krone erwartete. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ konnte ihm öffentlich den Vorwurf machen, er habe seinerzeit geäußert: „Hauptache, daß wir einen anderen Reichskanzler bekommen, Bethmann ist ja schon Sozialdemokrat.“ Denselben Herrn v. Bethmann soll man aber dann Valentini beim Kaiser viel länger gehalten, als der Lage entsprach und dem Ansehen des Kanzleramtes gut war. Ruhte doch der Vizekanzler in einer Kommission des Reichstags eine Stellungnahme der Regierung mit der Begründung ablehnen, daß es eigentlich keine Regierung gebe. Es folgten die unglücklichen 100 Tage des Herrn Dr. Michaelis. Schon die Wahl, die auf diesen bewährten Kreisverwaltungsbeamten, aber unmöglichen Reichskanzler fiel, war das alleinige Werk des Herrn v. Valentini. Aber selbst, wenn dies bestritten werden sollte, genügt ein Hinweis auf die unglückliche Regie der beiden letzten Kanzlerwechsel, um die Berechtigung der Angriffe, die seitdem von allen Seiten gegen das Zivilkabinett hagelten, zu erweisen. Es widerstrebt gerade jetzt in diesem ungeheuren ersten Endabschnitt des Krieges wohl jedem Politiker und jeder öffentlich tätigen Feder, sich in die verfassungsmäßigen Vorrechte der Krone zu mischen. Die persönlichen Entscheidungen des Kaisers, die Berufung der höchsten Reichs- und Staatsbeamten, des Reichskanzlers, der Minister und Staatssekretäre müssen der ruhende Pol in der Erscheinung flucht bleiben, mindestens solange der Kampf um die Parlamentarisierung nicht ausgefochten ist. Aber je verantwortungsvoller und folgenreicher die Entscheidungen der Krone in diesen schweren Kriegsjahren sind, desto natürlicher ist es, daß sich die Öffentlichkeit mit dem Posten und dem Mann beschäftigt, der die wichtigsten Entscheidungen in Personalfragen vorbereitet und zweifellos auch beeinflusst.

In die Stelle des Herrn v. Valentini ist der Oberpräsident und frühere Landeshaupthauptmann Friedrich von Berg getreten, ein hoher Staatsbeamter, der beim Kaiser seit langem in persönlicher Gunst steht. Wird er auch der Mann des Vertrauens in der öffentlichen Meinung sein? Der Chef des Zivilkabinetts hat, wie die Dinge nun einmal liegen, zwar nicht verfassungsmäßig, wohl aber moralisch einen so erheblichen Anteil an der Verantwortung für das Wohl und Wehe des Staates, daß er heute auch ein ungewöhnlich politischer Kopf sein muß. Er soll für das Staatsoberhaupt eine Art Wetterbureau sein, das die politischen Strömungen, die Maxima und Minima der politischen Atmosphäre so rechtzeitig erkennt, daß er sie auf seinem Personalgebiete der Krone und dem Staate dienstbar machen kann. Zu solcher Feinfühligkeit gehört eine außerordentliche Kenntnis der Volksstimmung und des Parteilebens. Dazu gehört, wie schon einmal gesagt, absehbare Objektivität, die jedes Für und Wider zu Worte kommen läßt. Wiederholt ist im Reichstag, besonders bei Renfurddebatten die Behauptung aufgestellt worden, der Kaiser sei von einer chinesischen Mauer umgeben, an deren Toren Wächter stünden, die die Meinung weit voranschickender Männer nicht an das Ohr des Kaisers ließen. Merkwürdigerweise kamen diese Vorwürfe gerade aus jenen Kreisen, in denen man im Frieden vielfach der Meinung begegnete, der Kaiser habe zuviel Menschen aller möglichen Kasteien. Schon doch solche Vorwürfe, berechtigt oder unberechtigt, erhoben werden, sollte eine kluge Politik des Zivilkabinetts verhindern, indem sie beizutreten dafür sorgt, daß der Kaiser über alle Strömungen und ihre Herkunft, über alle neuauftauchenden Schwierigkeiten beizutreten und umfassend unterrichtet wird. Eine leichte Hand, eine gewisse Begabung gehört dazu. Mit dieser bei dem neuen Chef des Geheimen Zivilkabinetts vorhanden, so verliert sein Amt rasch den oft so peinlichen Anstrich des Geheimnisvollen, des Unberechenbaren, des aus den Wolken Kommenden, und das für die nächste Zeit so unendlich wichtige Vertrauen der Öffentlichkeit wächst.

Sinnland.

Finnischer Dank.

W. T.-B. Berlin, 18. Jan. Der Hauptauschuß des Reichstags setzte heute die Erörterung von Zensurfragen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende, Abgeordneter Fehrenbach, nachstehenden Brief zur Verlesung, den ihm der finnische Senator Sjöström übermitteln hatte: „Von einer Reise nach Wien zurückgekehrt, beziele ich mich, Ihnen im Namen meines Landes, den aufrichtigen Dank auszusprechen für die bedeutenden Worte, die Sie vor acht Tagen anlässlich der Anerkennung Finnlands als unabhängigen Staat im Hauptauschuß des Reichstags ausgesprochen haben. Sie brachten einen wertvollen Beweis für das große Wohlwollen und Interesse, das Finnland seitens Deutschlands zuteil geworden ist. Die Verwirklichung seiner Selbstständigkeitsbestrebungen verdankt unser Volk vor allem den siegreichen deutschen Waffen und dem politischen Verständnis Deutschlands für die Bedeutung eines freien Finnland. Große innere Schwierigkeiten haben wir noch zu überwinden, bis wir am Ziele sind; aber rege freundschaftliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Deutschland werden uns hierbei eine kräftige Stütze sein. Ich bitte Sie ergebenst, den übrigen Mitgliedern des Hauptauschusses unseren Dank und unsere Verehrung übermitteln zu wollen.“

Ein finnisches Bekehrungsschreiben an die Ungarn.

W. T.-B. Budapest, 18. Jan. (Drahtbericht.) Professor Dr. Passon in Helsingfors, Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften, überreichte dem Ministerpräsidenten Dr. Bekerle im Auftrag der finnischen Regierung ein Bekehrungsschreiben an das kaiserliche ungarische Volk und erklärte in einem Schreiben, das finnischen Volke sei das Bewußtsein, in der mächtigen ungarischen Nation einen Verbündeten zu haben, Antriebs und Stütze in den schweren Kämpfen um die politische Unabhängigkeit. Ministerpräsident Dr. Bekerle drückte die Hoffnung aus, daß das Gefühl der Verwandtschaft zwischen beiden Völkern sich in Taten äußert und sie auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet näherbringen werde. Sodann überbrachte Passon dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Karl Sgah den Gruß des Finnenvolkes.

Konzert.

Das 7. Jyväskylä-Konzert im Kurhaus wurde gestern mit Beethoven's 9. Sinfonie (Nr. 9) eröffnet. Es ist wie ein Aufbruch zur freudigsten Erhebung, der hell und jauchend aus den Klängen dieses Weltbewunderers hervorzudringen scheint; man könnte ihn gar nicht anders als in jenes Rahmwort des modernen Philosophen: „Lernt lachen!“ Lernt lachen, wenn dies heiterstrahlende, sonnige „Allegro“ so frohmütig vorüberwacht; lachend beseligt wie unter Tränen bei diesem anmutigen, glücklichen „Allegretto“ — diesem „Chüchchen-Walzer“ wie vom Himmel gefallen —; lachend verständnisvoll bei diesem großartig einheitsvollstehenden „Menuett“, das von einer bezaubernd verschmitzten Ironie eingegeben scheint; lernt lachen bei diesem geist- und witzsprühenden — nicht auf Grobheit, wie sonst bei Beethoven, nein, auf launigen Humor aussehenden „Finale“!... Und gewiß hat die Sinfonie, vom Dirigenten Herrn Karl Schürich in solchem Sinne aufgefaßt und mit liebender Sorgfalt umfaßt und vom Kurorchster mit glücklichem Gelingen gespielt, — auf alle fühlenden Hörer die günstigste beseehnde Wirkung ausgeübt: ein Segen in ernster Zeit; ein Ansporn zu neuer Kraft, zu neuem Lebensmut, — zu erneutem „Durchhalten“!

Einer der vorzüglichsten Gesangskünstler am gegenwärtigen deutschen Opern- und Konzertszenen: Herr Kammerjäger Paul Bender aus München ließ dem gestrigen Abend seine Mitwirkung. Nichts spricht besser für das edle Künstlerleben dieses Gesangsmeisters als — sein Programm. Da gab es keine effektvollen Opernarien, keine bis zur Erschöpfung abgegangenen modernen Schlager; statt dessen — Bach und Haydn, Mozart und Wagner, die großen Meister des deutschen Musikwesens. Von erstgenanntem Meister bekamen wir „Regelstern und Arie aus der 2. Kantate“ zu hören: in ihr verkörpert sich das Leben im Jenseits in der ihm eigenen religiös-schwermütigen Weise. Voll gläubigster Charakteristik ist das letzte ausführende — nur zum „Gedächtnis“ beglaubigte

Die Lage im Westen.

Auch Caillaux' Kammergruppe für das Verfahren gegen ihn.

W. T.-B. Bern, 18. Jan. Wie die Pariser Blätter melden, hat die radikal-sozialistische Kammergruppe, deren Mitglied Caillaux ist, den Beschluß gefaßt, daß es im Landesinteresse geboten erscheine, der Gerechtigkeit ungehinderten Lauf zu lassen.

Aus der französischen Presse.

— Bern, 17. Jan. (ab.) Die französische sozialistische Presse verlangt heute mit schärfstem Nachdruck Bekanntgabe der Tatsachen, die die Verhaftung Caillaux' veranlassen, da der Schuldbeweis durch die bisherige Bekanntmachung durchaus noch nicht erbracht sei.

„L'Attaque“ erklärt: Die Öffentlichkeit wartet mit Befremdung auf genaue Wiedergabe der Tatsachen. Es wäre selbst unter dem Vorwand diplomatischer Notwendigkeit ein gefährliches Spiel, die Veröffentlichung der Tatsachen verschleppen zu wollen. Es gehe um das Leben des Landes, um den Grundlag der Freiheit und Achtung vor der Justiz.

„Le Peuple“ stellt die große Notwendigkeit fest, die seit der Verhaftung Caillaux' in Frankreich herrsche und versucht die Öffentlichkeit über die Verzögerung der Bekanntgabe der Tatsachen zu beruhigen.

Die unabhängige und fortschrittliche Presse erklärt unter bestigen Angriffen gegen die Regierung, daß die französische und italienische Gerichtsprozedur darin übereinstimmen, daß die Öffnung des Tresorschließes in Florenz nur im Beisein eines bevollmächtigten Vertreters Caillaux' hätte erfolgen dürfen. Durch das eingeschlagene Verfahren sei ein glatter Rechtsbruch erfolgt.

„Le Républicain“ betont, es sei unzulässig eine politische Sache von terroristischem Umfang durch Militärbeamte, die nur Agenten der Regierung seien, führen zu lassen.

Die Caillaux' feindliche Presse wendet sich gegen die Verschärfungen, die gegen die Militärgerichtsbehörden erhoben werden. Die Regierung dürfe sich auf die geforderte Debatte nicht einlassen.

„Figaro“ meint, daß die sozialistische Demütigung, auf Caillaux das Opfer eines Rechtsbruchs zu machen, ergebnislos verlaufen werden. Demgegenüber betont die sozialistische Presse einmütig, daß sei nicht die Sache Caillaux', sondern die Sache der Republik und die Sache der Gerechtigkeit, die gegen die Ungerechtigkeit verteidigt wird.

Schonende Vorbereitung.

Die Propaganda unserer westlichen Gegner arbeitet im Hinblick auf die erwartete deutsche Offensive im Westen mit Nachdruck. Es will scheinen, als sei das Selbstvertrauen der Engländer und Franzosen diesmal weniger groß als sonst, und wie mit ihrem Selbstvertrauen, so geht es auch mit ihrem Mund. Sie haben es für nötig, die beiden Völker durch die offiziellen Nachrichtenagenturen Sabos und Reuters möglichst darauf vorzubereiten zu lassen, daß die Deutschen bei ihrem Angriff „möglicherweise“ einige Kilometer Vorbesatz, ferner Geschütze und Gefangene gewinnen könnten. Offenbar haben die Bevölkerungen beider Länder eine solche schonende Vorbereitung dringend nötig, denn anders kann man sich vor allem den französischen Bericht auf alle Grob- und Feinheiten nicht recht erklären. Erheiternd aber ist für uns, daß Reuters, der jeden Quadratmeter englischen Geländegewinns während der Artois- und Flandern-Offensive wie einen archaischen, entscheidenden Sieg in die Westpforte, jetzt schon im Voraus mit vollendeter englischer Heuchelei verkündet, der Gewinn einiger Kilometer seitens der Deutschen würde wenig ins Gewicht fallen.

Die Schließung der Zuckerbäckereien in Frankreich.

— Berlin, 19. Jan. Der „Figaro“ berichtet laut „Berliner Tageblatt“, daß die Schließung der Zuckerbäckereien in Frankreich 80 000 Personen beschäftigungslos gemacht habe und dem Staatsfiskus 160 Millionen Franken Entschädigungen auferlege.

Die belgische Verwaltungstrennung.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt für die belgischen Gebiete Belgiens erscheint seit dem 1. Januar nicht mehr dreisprachig (deutsch, flämisch, französisch), sondern in zwei Ausgaben, eine für Flandern und eine für Wallonien. Es gibt daher jetzt ein Gesetz- und Verordnungsblatt für Flandern in deutscher und flämischer Sprache und ein solches für Wallonien in deutscher und französischer Sprache. Diese Maßnahme ist auch ein Beweis für die zielbewusste Durchfüh-

lung „Es ist genug“; die Arie „Schlummert ein“ — durchglüht schmerzliche Innigkeit. Herrn Benders Wiedergabe, von den herrlichsten Tönen seines gottbegnadeten Vokalorgans getragen, ging ganz auf — in Wärme und Inbrunst der Empfindung! Zu bedeutendem Eindruck brachte er auch eine Anzahl kleinerer von Haydn. Ihrer an 300 hat dieser fruchtbar komponierte Gelehrte: der größte Teil davon ist noch unbekannt geblieben! Die gestern gehörten verdienen solch Schicksal nicht. Sie sind sämtlich in merkwürdig archaisierender Weise gedacht; ungemein zart erfüllt und von feinersten Stimmungsregungen beherbergt. Herr Bender zeigte allzuwenig ein liebevolles Eindringen in Wort- und Tondichtung und sang sich mit den (von Herrn Weisbach am Klavier poetisch begleiteten) Liedern, denen er, stümperhaft behandelnd, noch Zugaben von Wolf und Brahms folgte — unweigerlich ins Herz der Hörer.

Mit Haydn's Lebensfröher 18. Sinfonie G-Dur fand dann der Konzertabend den freundlichsten Abschluß. O. D.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Gustav Meyrink bezieht heute (19. Januar) seinen 50. Geburtstag. Der Verlag Kurt Wolff hat Anlaß genommen, zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtausgabe der Romane und Novellen des Dichters in sechs Bänden herauszugeben. Die Gesamtausgabe wird dazu beitragen, den um Meyrink's Schaffen entzogenen Raum, der mehr politische als künstlerische Betätigung hatte, in sachliche Pöhlen zu lenken.

Wiedende Kunst und Musik. Max Bruch's neue finnische Suite für großes Orchester und Orgel wird Kapellmeister Arnold Schell dominiert in der Berliner Singalobende zur Aufführung bringen. — Friedrich Kallmorgen, der ausgezeichnete Landschaftler, verläßt die Hochschule und Berlin überhaupt. Der Künstler wird nach Heidelberg übergehen.

zung der Verwaltungstrennung. Sie ist von der größten Bedeutung, namentlich für das flämische Verwaltungsgebiet. Die Behörden, die bisher der Durchführung der Sprachverteilung mehr oder weniger passiven Widerstand entgegensetzten und sich dafür vielfach auf die mangelhafte Kenntnis des flämischen beriefen, sind nunmehr gezwungen, sich das flämische anzueignen, da sie die deutschen Verordnungen nur in dieser Sprache erhalten.

Aus den verbündeten Staaten.

Kürzung der Mehrkationen in Österreich.

W. T.-B. Wien, 18. Jan. (Drahtbericht.) Durch eine Verordnung des Volksnährungsamtes wird die bereits angekündigte Kürzung der Verbrauchsquote an Getreide und Mehl angeordnet. Durch diese Verordnung wird eine allgemeine und gleichzeitige Kürzung der Mehrverbrauchsquoten für alle Erzeuger und Verbraucher in allen Verwaltungsgebieten bestimmt.

Deutsches Reich.

Zensurfragen im Hauptauschuß.

W. T.-B. Berlin, 18. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstags erklärte bei Beratung der Zensurfragen auf eine Reihe von Beschwerden des Abg. Ebert (Soz.) Kriegsminister v. Stein: Die erwähnte Unterredung mit ihm sei in eine fremde Sprache überführt worden. Selbst französische Zeitungen hätten dazu erklärt, der preussische Kriegsminister habe gar nichts anderes sagen können, als daß er an den deutschen Sieg glaube und ihn organisiere. Der Erlaß über die Vaterlandspartei sei als Geheimverbot ausgegeben worden. Was er zu sagen habe, könne er offen sagen und vertreten. Als er aus seinem Bureau herausgerissen und in seine jetzige Stellung berufen worden sei, hätte er nicht alle die einschlägigen Geheimsbestimmungen kennen können. So mußte er sich Notizen erbitten, ein Notum legte dar, die Vaterlandspartei sei keine parteipolitische Organisation. Später habe er ein anderes Notum erhalten und sodann die beantragte Verfügung zurückgezogen. Auf Veranlassung des Kriegsministers wurde der vom Reichstagsrat am 20. November 1917 angekündigte Erlaß vertefen. Darnach dürfen:

1. Zeitungsverbote nur von den mit der vollziehenden Gewalt ausgestatteten Befehlshabern persönlich ausgesprochen werden. Sie sollen beschränkt sein. Vor dem Erlaß des Verbots ist der Verleger oder der Hauptschriftleiter über die Gründe des Verbots zu verständigen.

2. Bei der Verletzung des Burgfriedens darf der Zensur nur eingreifen, wenn der Streit der Meinungen das sachliche Gebiet verläßt und Formen annimmt, die die öffentliche Sicherheit gefährden könnten.

3. Es ist Aufgabe der Zensurbehörden, ein gutes Verhältnis mit den Schriftleitungen und ein verständnisvolles Zusammenarbeiten anzustreben.

Hierbei bemerkte Kriegsminister v. Stein, er erwarte allerdings nicht, daß durch den Erlaß alle Klagen beseitigt würden. Es liege im Wesen der Zensur, daß sie Unbequemlichkeiten mit sich bringe. Auch von der Vaterlandspartei lägen Klagen über Fragen des Verbots u. s. w. in einzelnen Beziehungen vor. Die Presse sei im allgemeinen mit der Zensur zufrieden. Die pazifistische Literatur habe sich mancher Mißgriffe schuldig gemacht. Die Zensur werde von Männern ausgeübt, die sich damit schon früher beschäftigt hätten, und jetzt des Königs Rad tragen.

Auf Ausführungen des Abg. Gräfe (L.) erklärte General v. Brissberg, eine kriegsministerielle Verfügung weise die Generalkommandos an, alle in Frage kommenden Parteien gleichmäßig zu behandeln. Die Beurteilung der Verhältnisse müsse den Generalkommandos überlassen bleiben. — Major Grau vom Kriegsministerium ging auf einige Einzelheiten der Beschwerden ein, die die Handhabung der Zensur betreffen. Besonders trat er der Auffassung entgegen, daß die Zensur parteiisch verfare. Er wies darauf hin, daß bei der Einreichung von Beschwerden beim Oberkommando Befehlshaber der durch das Gesetz vorgeschriebene Weg eingehalten werden müsse, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden.

Wie der „Berl. L.-A.“ erzählt, gedenkt Reichstagsrat Graf Hertling seine angekündigte politische Programmrede am nächsten Dienstag im Hauptauschuß des Reichstags zu halten.

Die Frage der Betriebsstilllegung.

W. T.-B. Berlin, 18. Jan. Der Auschuß des Reichstags für Handel und Gewerbe hat sich in der Frage der Stilllegung von Betrieben auf einen Antrag geeinigt, wonach unmittelbare Stilllegung und Zusammenlegung nach Anhörung der Landratszentralbehörde und nur aus dringender Notwendigkeit zu verfügen sind. Dabei dürfen u. a. die Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben wesentlich nicht benachteiligt werden. Auch sollen Beschwerdeinstanzen für unmittelbare und mittelbare Stilllegungen und Zusammenlegungen geschaffen werden. Für die übrige Zeit werden dann Maßnahmen verlangt, um den im Kriege stillliegenden Betrieben tatkraftig bald wieder aufzuhelfen. — Unterstaatssekretär Dr. Göppert sprach sich im allgemeinen für den Antrag aus; es sei aber unmöglich, die Stilllegung einzelner Betriebe vom Reichswirtschaftsamt auch zu vollziehen, da von da die örtlichen Verhältnisse nicht zu übersehen seien. Ob die Verleitung der Stoffe nach dem Kriege in der gewünschten Weise erfolgen könne, stehe noch nicht fest. Es werde aber mit Nachdruck und Ernst dahin gearbeitet, die Stilllegung von Betrieben nach dem Kriege baldmöglichst wieder in Gang zu bringen. Redner wandte sich dann gegen die verlangte Beschwerdeinstanz, da schon jetzt eine Reihe von Stellen, wie die Stelle der Landesverwaltung als Beschwerdeinstanz in Frage kommen.

Auch Erhöhung der Renten aus der Unfallversicherung.

W. T.-B. Berlin, 18. Jan. (Umlich.) Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 17. Januar beschlossen, daß die Empfänger von Verletztenrenten aus der Unfallversicherung eine monatliche Zulage von 8 M. zu ihrer Rente beantragen können, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von zwei Dritteln der Höhe

Größe/Anzahl der Schülervorgabe: 12 bis 1 Uhr.

